



ALEMANN'S ANALYSE Ypsilanti und Koch wurden bestraft

# Der Wähler ist nicht dumm

Von Ulrich von Alemann  
politik@wz-plus.de

Der Wahlkampfquäl leg sich, die Konturen werden klarer, was sehen wir nun? Hochmut kommt vor den Fall und das gleich doppelt. Der Wähler mag heutzutage sprunghaft sein wie die Aktie eines Dax-Konzerns. Aber er vergisst nicht. Und er ist nicht dumm. Er straft den Hochmut der Frau Ypsilanti mit dem schlechtesten Ergebnis ab, das es je gab. Und er legt auf die erwarteten zehn Punkte minus für die SPD noch eine Schippe drauf, weil Ypsilanti nicht vor dem Wahlkampf loslassen und Schäfer-Gümbel das Heft in die Hand geben wollte. Noch ihre Rücktrittserklärung strotzte von Selbstgerechtigkeit und Uneinsichtigkeit. Für Schäfer-Gümbel fängt die eigentliche Arbeit jetzt erst an: Er muss versöhnen statt spalten in seiner Partei, die noch lange die Wunden lecken wird.

Aber auch der Hochmut von Roland Koch wurde bestraft. Denn auch er hat eines der schlechtesten Ergebnisse der Landes-CDU eingefahren. Angesichts der schwachen Wahlbeteiligung saldieren sich absolut noch weniger Stimmen als vor einem Jahr. Bis 2008 konnte er noch mit absoluter Mehrheit regieren. Nun verfügt er nur noch über eine geliebte Macht. Sein Licht auf

Bundesebene strahlt nur noch matt. Aber er könnte Merkel und ihrer Koalition über den Bundesrat das Leben schwer machen.

Strahlen kann die FDP. Sie hat ein Ergebnis nahe der ominösen 18 Prozent erzielt, die Möllemann und Westerwelle 2005 anpeilten und klar verfehlten. Trotz dieses Traumergebnisses wachsen auch bei der FDP die Träume nicht in den Himmel, denn sie und die Grünen waren die größten Nutznießer der hessischen Verhältnisse. Ihre hervorragenden Ergebnisse lassen sich deshalb nicht auf die Bundestagswahl hochrechnen. Frustrierend für die Grünen ist, dass sich aus ihrem guten Abschneiden wenig Honig saugen lässt. An die Fleischtöpfe einer Regierungskoalition kommen sie nicht heran. Im Grunde werden sich FDP und Grüne in Klientel und Programm immer ähnlicher: rechtsliberal und linksliberal.

bleibt noch die Linke. Trotz Zerstrittenheit und Skandalen hat sie es wieder in den Landtag geschafft. Man muss mit ihr weiterhin rechnen. Aber auch sie hat bei den absoluten Stimmen verloren. Halt, noch eines sollte man nicht vergessen: die Anderen. Hier tummeln sich skurrile Sekten und Protestparteien. Die deutschen Wähler sind besser als ihr Ruf. Sie schätzen sterile Pro-

testparteien nicht. So ganz schlimm kann es mit der Parteienverdrossenheit nicht sein.

Was bleibt? Die Wähler lassen sich nicht für dumm verkaufen. Der SPD bescheren sie ein Desaster, Koch einen Denkart. Die Rolle des Landesvaters war nicht glaubwürdig. Aber die Wähler schafften durch genug Stimmen für die FDP eine stabile Regierungsbasis. Zweiparteienmehrheiten sind durchaus im Fünfparteiensystem möglich. Unterm Strich ist das gar nicht so schlecht. Dennoch: Das Ergebnis ist keine Testwahl, keine Blaupause, kein Modell für die Bundestagswahl in diesem Herbst. Es ist schon atemberaubend, dass manche Kommentatoren gleichzeitig von den typisch hessischen Verhältnissen reden und trotzdem einen Probelauf für Berlin annehmen. Beides gibt es nicht zusammen. Entweder oder.

Wir haben in den vergangenen Jahren oft erfahren, dass zweistellige Gewinne und Verluste von einer Wahl zur nächsten möglich sind. Und dass auch in Wahlkämpfen viel Überraschung liegt. Machen wir uns auf ein interessantes Jahr gefasst.

**Professor Ulrich von Alemann lehrt Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.**

## SPD fordert Notfonds für NRW-Firmen

Düsseldorf. Die SPD im NRW-Landtag fordert von der schwarz-gelben Landesregierung die Einrichtung eines Feuerwehrfonds, um in Not geratenen mittelständischen Unternehmen schnell mit Landesbürgschaften helfen zu können. „Das Ziel ist, die Bürgschaften sehr schnell und unbürokratisch zu vergeben. Statt sechs Monate sollte die Bewilligungsfrist nur sechs Wochen dauern“, sagte Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Das Programm soll bis Ende des Jahres 2010 befristet, die Bürgschaften nach den Vorstellungen Eiskirchs auf sechs Monate begrenzt sein. Der Feuerwehrfonds soll ein Volumen von 600 Millionen Euro haben, forderte der Sozialdemokrat. Diese Summe hatte NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) als Aufstockung des Bürgschaftsrahmens des Landes ins Spiel gebracht. Er würde dann auf 1,5 Milliarden Euro anwachsen. Zur Absicherung von Kleinkrediten unter einer Million Euro solle zudem das Land sein Engagement ausweiten.

Nach Angaben der CDU und des Wirtschaftsministeriums hat das Land bereits auf die Wirtschaftskrise reagiert. Die Bewilligungsfrist für eine Bürgschaft liege derzeit bereits bei vier bis sechs Wochen, sagte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums. fu



Berlin. Die SPD-Kandida-

Trotz SPD-Schluppe: Schwan tritt gegen Köhler an

MELDUNGEN DES TAGES